Sozialdemokratie als Geisteshaltung. II.

Autor(en): **Lauterbach, Albert**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **56 (1977)**

Heft 6

PDF erstellt am: **30.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-339339

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Albert Lauterbach

Sozialdemokratie als Geisteshaltung (II)*

Im Maiheft unserer Zeitschrift veröffentlichten wir den ersten Teil eines Beitrages von Professor *Albert Lauterbach* (Experte für internationale Wirtschaftsfragen in Wien und ständiger Mitarbeiter der Monatsschrift «Die Zukunft», Organ der SPÖ).
Lauterbach hat im vorgenannten Beitrag überzeugend dargetan, wie auch die junge Generation der Sozialdemokraten sich oft mit schlechtverdauten marxistischen Begriffen aus dem vorigen Jahrhundert abmüht. Der Verfasser weist dabei nach, wie Begriffe und Ausdrücke aus der Vergangenheit weiter verwendet werden, als ob sich nichts geändert hätte: Beim Gebrauch von Ausdrücken wie Proletariat, Arbeiterklasse, ja Arbeiterbewegung besteht die Tendenz, die tatsächlichen sozialökonomischen Wandlungen in den industrialisierten Ländern zu verhüllen. Dies zum Schaden der Sozialdemokratie und zum Nutzen ihrer Gegner. Der Beitrag von Lauterbach sollte daher auch in allen Reihen der SPS Beachtung finden und Anlass dazu geben, Ausdrücke und Begriffe aus der Vergangenheit neu zu überdenken und so den Weg frei zu geben für ein besseres Verständnis der sozialen Wirklichkeit. *R. L.*

Produktionsmittel, Nationalisierung, Sozialisierung

Ausser der Arbeitskraft im allgemeinen, Maschinen, Verkehrsmitteln, Boden und Geldkapital schliessen die Produktionsmittel nunmehr in einem stets steigenden Ausmass wissenschaftliche und technologische Kenntnis, Patente und Lizenzen, Forschungs- und Testeinrichtungen ein; in gewissem Masse sogar auch internationale Kontakte und Einfluss in der Politik und Verwaltung. Es ist daher nicht sehr sinnvoll, von den Produktionsmitteln der Gegenwart so zu sprechen, als ob sie dieselben wären wie im England von 1840. Dies ist allerdings nicht der einzige Grund, warum die Nationalisierung (Verstaatlichung) oder die Sozialisierung heute in sozialdemokratischen Erklärungen weniger oft erwähnt werden, als sie es vor einigen Jahrzehnten wurden. Wenn sie angeführt werden, dann bezieht sich dies gewöhnlich auf eine bestimmte Industrie oder Grossunternehmen. Jedenfalls erfordert die Bedeutung in der Gegenwart von Begriffen wie Produktionsmittel, Nationalisierung und Sozialisierung volle Klarheit über eine blosse Wiederholung von Ausdrükken aus einer vergangenen Wirtschaftsperiode hinaus.

---

* Vgl. «Profil» 5/1977, S. 129 ff.

Imperialismus, Kolonialismus, Internationalismus

Der Begriff Imperialismus gehört im Wesen der Periode nach Marx' Tod an. Er kam in Umlauf gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts und erhielt weite Verbreitung noch später. In unserem Jahrhundert wurde er, namentlich unter Lenins Einfluss, mit einer monopolistischen und kolonialistischen Phase des Kapitalismus verknüpft. Nach dem Zweiten Weltkrieg kam der Kolonialismus im alten Sinne allmählich zu Ende, aber Klagen über eine wirtschaftliche Beherrschung durch westliche Unternehmen, besonders die multinationalen, und die ihnen dienstbaren Regierungen stiegen in den minderentwickelten Ländern sehr an. Häufig ging man dazu über, jede ausländische Investition in diesen Gebieten, auch wenn sie auf Einladung erfolgt war, mit Imperialismus gleichzusetzen, während der politische, militärische und wirtschaftliche Expansionismus von Ostmächten selten mit diesem Begriff assoziiert wurde.

Wenige Sozialdemokraten waren auf gedankliche Tendenzen dieser Art vorbereitet. Manche von ihnen neigen nunmehr zu einer Verherrlichung der Unterdrückungs- und Ausbeutungsregimes vieler minderentwickelter Länder, besonders der neuen, und zugleich dazu, für alle dort vorhandenen Übel ausländischen Imperialismus verantwortlich zu machen. Es fehlt oft an einem wirklichen Begriff von Imperialismus in unserer Periode, verglichen mit dem Kolonialismus der Vergangenheit; man ist bestürzt über die Neigung gewisser «Sozialisten» in diesen Ländern, in ihre Kritik des Monopolimperialismus aus dem industriellen Westen auch die Sozialdemokraten einzuschliessen.

Vor allem jedoch hat sich der überkommene Internationalismus sozialdemokratischer Prägung gegenüber diesen und anderen internationalen Tendenzen unserer Periode als ziemlich ratlos erwiesen. Die Sozialistische Internationale hält ziemlich regelmässig Tagungen ab und veröffentlicht Erklärungen über verschiedene weltpolitische Fragen, aber das Bekenntnis der Parteien entspricht nicht immer ihrer einzelstaatlichen Orientierung zu Hause, besonders wenn sie an der Regierung sind. Ihre antiimperialistischen Erklärungen folgen einfach der vorherrschenden Stimmung und politischen Orientierung der minderentwickelten Länder, ohne auf einem systematischen und zeitgemässen Begriff des Imperialismus und einer wirksamen internationalen Aktion gegen ihn zu beruhen. Die jüngsten grossangelegten Investitionen von ölreichen «unterentwikkelten» Staaten in «entwickelten» Industrieländern regen gewiss zu einer Überprüfung der früheren Begriffe an.

Die Suche nach realistischen Zielsetzungen

Eine klarere Denkweise setzt unter anderem ein Ende des Verlasses auf eine grundlegende Rationalität des Menschen voraus und damit auch ein Ende des Glaubens an beinahe unbegrenzte Möglichkeiten einer politischen «Erziehung» im rein intellektuellen Sinn. Wie schon erwähnt,

teilte Marx im Wesen die vorgefassten Meinungen des bürgerlichen Geistes seiner Periode über eine Grundrationalität des Menschen. Eine Bewegung in unserer Zeit, die eine weitverbreitete und dauerhafte Unterstützung der breiten Masse anstrebt, wird nicht umhin können, die Methoden der zeitgenössischen Psychologie zu nutzen, um weit über die Produktionsverhältnisse im ökonomischen Sinn hinaus die wirklichen Merkmale von Geist und Seele des Menschen zu erfassen.

Allgemein gesprochen, neigen sozialdemokratische Bewegungen unserer Zeit, oft unter dem intellektuellen Einfluss der britischen Arbeiterpartei, zu den folgenden Zielsetzungen und Einstellungen:

Erstens der Glaube an eine Kombination der gesellschaftlichen Kontrolle, der Planung und des öffentlichen Eigentums auf Gebieten, wo es angezeigt ist. Diese drei Methoden sind offenkundig nicht identisch, aber sie überschneiden einander. Während ihres ersten Nachkriegsregimes in den vierziger Jahren formulierte die britische Arbeiterpartei die folgenden Kriterien für Nationalisierung: Grundbedeutung der betreffenden Industrie, Monopol, Ineffizienz, starker Kapitalbedarf oder ein schlechtes Arbeitsverhältnis. Diese Kriterien sind jedoch später wiederholt abgeändert worden. In der Schrift «Signposts for the Sixties» (1961) wurde die Betonung auf eine wirtschaftliche Expansion mit geplanter Vollnutzung der wirtschaftlichen Hilfsquellen verlegt; eine Gesamtnationalisierung wurde abgelehnt, aber «ein Nationalplan mit Zielen für individuelle Industrien – besonders die Schlüsselsektoren, die die Werkzeuge der Expansion erzeugen» wurde verlangt.

Anfang der siebziger Jahre hatte sich ein neues Streben nach Nationalisierungsmassnahmen entwickelt: eine Gesamtkontrolle und Planung der Hilfsquellen des Landes wurde als der allgemeine Rahmen gesehen, in den solche Massnahmen einzugliedern waren. Im Weissbuch über «The Regeneration of British Industry» (1974) verlangte die Labourregierung eine Nationalisierung der Schiffswerften, der Flugzeugindustrie, der Seehäfen und Verladeanlagen; überdies eine bedeutsame Beteiligung des Staates an Strassenverkehrsmitteln, am Bauwesen und an der Erdölförderung, einen Anteil an einer Anzahl gewinnbringender Unternehmen in der Industrie und erhöhte Autorität für das Sammeln von Daten über Investitionen, Preise, Produktivität, Beschäftigung, Einfuhren und Ausfuhren. Übereinkommen im Rahmen der Planung sollen mit einer Anzahl führender Firmen abgeschlossen werden. Das Produktionseigentum des Staates und einige verwandte Funktionen werden von dem neuen National Enterprise Board verwaltet, und die gesamte Reform soll eine Demokratisierung der Wirtschaft fördern.

Zweitens ein Angriff auf die Armut und Ungleichheit. Dieses Ziel betont nunmehr das Bedürfnis nach grösserer sozialer Gleichheit, da ein ansehnliches Ausmass an wirtschaftlicher Nivellierung in verschiedenen Ländern bereits erreicht worden ist; dazu gehört auch die Ausmerzung

der verbleibenden Nester tiefer Armut. Soziale Gleichheit soll vornehmlich durch eine Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten erreicht werden. In manchen sozialdemokratischen Bewegungen erhalten die besonderen Bedürfnisse der Jugend und, bisher weniger oft, der Alten verstärkten Nachdruck. In gewissen Fällen wird eine Stärkung der öffentlichen Wohnpolitik und der Gesundheitsdienste als der aussichtsreichste Weg zur Verminderung der Armut und Ungleichheit gesehen.

Drittens die Vollbeschäftigung, wie immer man sie im einzelnen definieren mag. Dieses Ziel wird nunmehr durch eine Reihe anderer Erwägungen modifiziert: Vollbeschäftigung soll erreicht und aufrechterhalten werden zugleich mit wirtschaftlicher Stabilität, das heisst, sie darf keine inflationären Wirkungen mit sich bringen. Sie muss auch die Entstehung eines untragbaren bürokratischen Apparates auf Grundlage übermässiger Besteuerung vermeiden, auch soll sie nicht zu einer unkritischen Bewunderung des Wirtschaftswachstums und des individuellen Konsums auf Kosten der Umwelt führen. Ferner soll sie mit derjenigen Art von Wohlfahrtsstaat integriert werden, die die sozialen Ausgaben betont und sich dabei von einer paternalistischen Bevormundung des individuellen Lebens fernhält. Wie alle diese Ziele miteinander vereinbart werden können, bleibt ein Gegenstand der Diskussion.

Viertens eine führende Gesellschaftsrolle des Lohnempfängers. Dieses Ziel geht auf die historische Leistung von Karl Marx zurück, in dem verelendeten, ausgebeuteten Arbeiter seiner Zeit eine wesentliche, ja führende Kraft für die Gesellschaft der Zukunft zu erkennen. In der Zwischenzeit hat sich, wie früher erwähnt, die begriffliche Bedeutung des Ausdrucks «Arbeiter» in den Industriestaaten beträchtlich gewandelt. Sein Einkommen und Bildungsniveau sind mit der Hilfe mächtiger Gewerkschaften und einer ausgedehnten Sozialgesetzgebung wesentlich gestiegen. Der Anteil der geschulten gegenüber den ungeschulten Arbeitern hat sich erhöht, und in manchen Ländern stellen nunmehr die Angestellten die Mehrheit der industriellen Arbeitskräfte dar. Trotz dieser Wandlungen bleibt «der leidenschaftliche Glaube an die Ansprüche des Durchschnittsmenschen» und besonders des wie immer definierten Arbeiters ein Grundbestandteil des demokratischen Sozialismus. In den Worten von G. D. H. Cole, «der wesentliche Unterschied liegt tatsächlich in der sozialistischen Weigerung, die Anschauung zu teilen, dass die Arbeit eine Ware sei, die auf dem Markt einen Preis wie jede andere erhalten sollte, was immer sie einbringen mag».

Freilich haben die Gewerkschaftsziele und -denkweisen diese Situation in den letzten Jahrzehnten einigermassen geändert. Das Streben nach einer industriellen Demokratie, einer Mitbestimmung von Arbeitnehmervertretern bei der Geschäftsführung und nach einer wichtigen Rolle der

---

[2] G. D. H. Cole: «Socialist Economics» (London 1950), Seiten 30, 149.

Arbeitnehmer bei einer sozialen Partnerschaft hat das ursprüngliche Bild geändert, und dies gilt in anderer Weise auch vom ständigen Anspruch auf stets höhere Entlöhnung selbst dann, wenn eine sozialdemokratische (oder andere) Regierung in einem verzweifelten Kampf gegen eine wachsende Inflation steht, die unter anderem auch ihre eigene politische Basis bedrohen mag.

Fünftens eine ausgeglichene Abschätzung der Bürokratie und der Managergesellschaft. Diese sind die Zielscheiben vieler Gruppen, wenn auch der Angriff auf sie, der am stärksten während der fünfziger und sechziger Jahre war, inzwischen ein wenig abgeflaut ist. Die Kritik richtet sich vor allem auf den Auswahlvorgang in Grossunternehmen und die gesellschaftliche Machtstellung ihrer Führungsschicht wie auch die unpersönlichen Beziehungen unter ihrem Personal und die asozialen Züge ihrer Entscheidungsprozesse. Die Kritik der staatlichen Bürokratie ist ebenfalls häufig, aber in dieser Hinsicht sind die Klagen der Altliberalen und Konservativen von jeher noch lauter als die der Sozialdemokraten. In den letzten Jahren sind gewisse üble Wirkungen der multinationalen Unternehmen als Ziel von Angriffen hervorgetreten, aber auch hier hat sich die Kritik nicht auf Sozialdemokraten beschränkt. Überdies haben bisher sozialdemokratische Regierungen und die Sozialistische Internationale wenig Wirksames unternommen, um entsprechende Institutionen und Massnahmen von seiten der Lohnempfänger, der Konsumenten und der Durchschnittsmenschen im allgemeinen zu organisieren.

Sechstens Umweltpolitik und -planung. Dies ist ein neues und recht plötzlich entstandenes Ziel sozialdemokratischer Aktion, und auch in diesem Fall ist es nicht auf diese Bewegung beschränkt. Allerdings hatte diese seit langem auf die sozial schädlichen Wirkungen der privaten Ausbeutung natürlicher Hilfsquellen und des Raubbaus an ihnen hingewiesen, ebenso auf die Wirkungen einer ungehemmten Profitorientierung im sozialökonomischen Leben im allgemeinen. Aber eine ins einzelne gehende Umweltplanung nach sozialdemokratischen Vorstellungen lässt in den meisten Ländern noch auf sich warten. In manchen Fällen wird diese Denkweise nunmehr zu einer allgemeineren «Kritik des Fortschritts» erweitert, wenn dieser in einem rein technologischen Sinne oder dem eines Wirtschaftswachstums ohne Rücksicht auf die sozialen Konsequenzen ausgelegt wird. Ein ganz neuer Fortschrittsbegriff wird angestrebt. Schon in den fünfziger Jahren hatte die britische Socialist Union von einem «Appell an alle Männer und Frauen, die die heute so verbreitete Anschauung ablehnen, die die materielle Besserung als den einzigen Massstab des wirtschaftlichen Fortschrittes betrachtet»[3] gesprochen und hatte eine Betonung des «grundlegenden Wertes der menschlichen Persönlichkeit» empfohlen.

---

[3] Socialist Union: «Twentieth-Century Socialism» (London 1956), Seiten 8, 19.

Siebentens ein bedeutungsvolles Leben. Der Nachdruck auf eine hohe Qualität des Lebens und allgemeiner auf ein Leben, das Sinn hat, nimmt jetzt einen hohen Rang unter den Zielsetzungen demokratischer Sozialisten ein, wenn sie auch in diesem Fall solche Ziele mit verschiedenen anderen Gruppen teilen. In der Vergangenheit hatte man gewöhnlich vorausgesetzt, dass eine hohe Lebensqualität sich beinahe automatisch aus einer Besserung der materiellen Bedingungen ergeben werde, besonders der Lage der arbeitenden Klasse; wenn nicht vor einer sozialistischen Revolution, dann nachher. Die Erkenntnis der Lebensleere, die viele Menschen der reichen und mittleren Schichten, aber auch viele Arbeiter mit stark verbesserten Einkommen und Arbeitsbedingungen kennzeichnet, hat Zweifel daran erzeugt, ob das erwähnte psychische Phänomen durch Wirtschaftspolitik allein oder sogar durch die geschichtlich so bedeutungsvolle Erfahrung der Solidarität der Arbeiterschaft erledigt werden kann.

Das Streben nach einem bedeutungsvollen Leben wird durch eine Menge von Einzelzielen ausgedrückt: grössere Wohnkultur, Erleichterung der überkommenen Plage bei der täglichen Arbeit der Hausfrau, Verteidigung des einzelnen gegen das ständige Eindringen der Massengesellschaft in sein Leben und eine Verteidigung der Gesellschaft selbst gegen einen zügellosen Individualismus; eine weitere Verbreitung bildnerischer und künstlerischer Interessen unter der breiten Masse und so fort. Solche Zielsetzungen bedürfen allerorts einer genaueren Umschreibung und Durchführung, aber die Grundorientierung scheint dauernd zu sein. Sie schliesst eine ständige Demokratisierung und Humanisierung jedes Lebensbereiches ein. Dies soll bei einer Antwort auf die verständliche Unrast der jüngeren Generation mithelfen, auf die Frage danach, was auf den Wohlfahrtsstaat folgen soll, sobald er einmal erfolgreich erreicht worden ist oder sobald die Grenzen dieses Begriffes und seiner praktischen Durchführung erkannt worden sind. Andererseits gibt es keine Schranke für ein ständiges Überdenken der Lebenswerte und ihrer gesellschaftlichen Anwendungen.

Achtens «fellowship» (Kameradschaft oder Brüderlichkeit). Die alte Betonung der Solidarität der Arbeiterschaft ist von vielen demokratischen Sozialisten zu einem Wunsch nach einer allgemeinen Geisteshaltung der «fellowship» unter den Menschen, Gruppen und Völkern erweitert worden. Vor vielen Jahren schrieb Albert Einstein: «. . . Der wirkliche Zweck des Sozialismus ist es gerade, die räuberische Phase der menschlichen Entwicklung zu überwinden und über sie hinaus zu schreiten.»[4]

Ähnlich definierte G. D. H. Cole den Sozialismus als wesenhaft einen Zweig der Morallehre, und Erich Fromm sprach von der Fähigkeit zu lieben und zu schöpfen und von der menschlichen Solidarität und Pro-

---

[4] Albert Einstein: «Out of My Later Years» (New York 1950), Kap. 18: «Why Socialism?», bes. Seite 128.

duktivität als den entscheidenden Geisteshaltungen gegenüber der Zukunft.[5] Andere betonen die Ablehnung des Hasses und der Unduldsamkeit als eine Notwendigkeit für den demokratischen Sozialismus. Offenkundig müssen diese hohen Grundsätze auf der Ebene der Aktion erprobt werden, da verschiedene andere Bewegungen sich abstrakt ebenfalls zu ihnen bekennen.

Neuntens, der Internationalismus. In dieser Hinsicht besteht die wichtigste Probe wohl im internationalen Verhalten sozialdemokratischer Parteien. Marx und Engels hatten noch selbst die kurzlebige Erste Internationale ins Leben gerufen, und Engels hatte den Beginn der Zweiten erlebt. Aber der Erste Weltkrieg zeigte die Schwäche dieser Solidarität auf der praktischen Ebene auf, und die späteren Ereignisse haben zu ihrer Stärkung wenig beigetragen. In unserem Zeitalter häufiger sozialdemokratischer Regierungen in Westeuropa und gelegentlich in anderen Weltgegenden bleibt eine in organisierter Koordinierung des Handelns ausgedrückte Solidarität noch recht selten, und einzelstaatliche Erwägungen oder Interessen überwiegen meist in jedem Land. Klare Entscheidungen über Möglichkeiten einer Lösung dieses auffälligen Widerspruchs zwischen abstraktem Prinzip und tatsächlichem Verhalten und über die Zukunft des Internationalismus werden kaum vermeidbar sein.

Fortsetzung folgt

---

[5] Cole, a. a. O., Seite 9. Erich Fromm: «Man for Himself» (New York 1947). Kap. IV.